

Rede der SSM-Präsidentin Barbara Büttner an der SSM-Delegiertenversammlung vom 7. Mai 2009 in Zürich

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich freue mich, dass ich Euch hier in Zürich zu unserer Delegierten-Versammlung begrüßen darf. Ihr seid zahlreich erschienen. Und das ist gut so, denn es gibt wieder gewichtige Themen zu besprechen.

Es sind noch nicht einmal sieben Monate seit unserem Kongress in Thun her, an dem wir ausgiebig über die Medienkonvergenz, ihre Chancen und Gefahren, diskutiert haben. Viele von Euch waren damals dabei.

Nun hat der Verwaltungsrat der SRG-SSR die Grossbaustelle eröffnet und seine Grundsatzentscheide zur Medienkonvergenz gefällt.

Dazugekommen sind in dieser kurzen Zeit noch weitere Baustellen: Die Dauer-Baustelle GAV ist wieder aufgemacht worden – und neu – und in diesem Ausmass unerwartet: die schwere Finanzkrise der SRG, die zu Programmabbau und Entlassungen in noch unbekanntem Ausmass führen könnte. Mit diesem Problem steht die SRG nicht alleine. Auch die Service-Public-Rundfunk- und Fernsehanstalten in unseren Nachbarländern stehen vor vergleichbaren Problemen – weshalb wir die Frage nach dem „Warum“ zum Schwerpunktthema dieser Delegiertenversammlung gemacht haben.

All diese Baustellen, die ich erwähnt habe, haben das andere Thema des letzten Kongresses, die Zukunft SSM nämlich, in den Hintergrund gedrängt. Dafür möchte ich mich bei Euch entschuldigen. Ich versichere Euch, dass diese Diskussion nicht vergessen gehen wird. Wir mussten aber kurzfristig die Prioritäten anders setzen, um all diese Baustellen bewältigen zu können, strukturell wie personell. So haben wir Projektteams auf nationaler Ebene gebildet. Sie werden ergänzt durch regionale Projektteams, damit auf allen Baustellen die notwendige gewerkschaftliche Vertretung und Intervention gewährleistet ist.

Die Privaten wachsen

Die Medienlandschaft indes besteht nicht nur aus der SRG. Wir haben inzwischen eine beachtliche Anzahl von Nicht-SRG-Mitgliedern, heute sind von dieser Sektion „Private“ gleich 7 (!) Delegierte und Gäste anwesend, die in anderen Medienhäusern oder als Selbständige arbeiten. Diese KollegInnen sind konfrontiert mit einer Finanzkrise der privaten Medienunternehmen, dem massiven Reduzieren der Budgets, mit einem Stellenabbau inklusive fristlosen Entlassungen. Ganz aktuell: Mit der Aufgabe von „ch“ stehen rund 70 JournalistInnen knall auf fall, von einem Tag auf den anderen, vor einer ungewissen Zukunft. Und auch die Neue Luzerner Zeitung hat angekündigt, auf Ende Jahr 20 Stellen zu streichen.

Aber auch noch bestehende Stellen sind gefährdet: Durch die zunehmender Konzentration der Besitzverhältnisse im privaten Mediensektor und dem drohenden Verschwinden traditionsreicher Blätter, wie etwa dem Berner „Bund“. Zumindest in der Deutschschweiz fehlen bei den Verlagshäusern wie auch bei den meisten privaten Radio- und TV-Stationen noch GAVs !

Neben diesen Klagen gibt es aber auch Erfreuliches zu berichten: Die Belegschaft von TeleBärn konnte in den letzten Monaten zusammen mit dem SSM gegenüber EspaceMedia, respektive der Tamedia bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen. Das ist ein selten gewordener, erfreulicher Lichtblick.

Wo liegen nun die Hauptschwierigkeiten bei der SRG? Dazu möchte ich Euch kurz über die einzelnen Baustellen führen. Beginnend beim GAV.

SRG muss den neuen GAV anwenden

Dort steht die Dienstplan- und Gesundheitsschutzregelung im Zentrum der Diskussionen. Nach etlichem Hin- und Her ist die SRG zwar nun doch wieder bereit auf Verhandlungen über eine solche Dispo-Richtlinie einzutreten, ihre Vorstellungen beschränken sich aber darauf, die bisherige Instruktionsweisung neu aufleben zu lassen. D.h. die Disporichtlinie soll lediglich eine Zusammenstellung der wichtigsten Gesetzesartikel sein, die für die Dienstplangestaltung relevant sind. Dies ist uns jedoch zu wenig – und dies verstösst vor allem gegen die während der GAV-Verhandlungen getroffenen Abmachungen. Ebenfalls gegen die Abmachungen verstösst die SRG bei der Feiertagsregelung und bei den „Jours blanc“ in der Romandie, wo sie die Entschädigungen streichen will. Im Tessin will die SRG darüber hinaus die Lohnkurve senken, ohne darüber – wie vorgeschrieben – mit dem SSM zu verhandeln. Dies könnte durchaus auch Präjudiz-Charakter für die anderen Unternehmens-Einheiten haben, es ist also durchaus gefährlich.

Obwohl nicht allen Differenzen die gleiche Bedeutung zukommt, sie nicht alle gleich wichtig sind: Das Verhalten der SRG verstösst gegen Treu und Glauben und es geht nicht an, dass der GAV nur dort umgesetzt wird, wo es der SRG passt, dh. ihr Vorteile bringt. Dagegen werden wir uns zur Wehr setzen. Der Nationale Vorstand hat entsprechende Beschlüsse gefasst.

Nun zu den anderen Baustellen:

Medienkonvergenz und Sparprogramm

„Medienkonvergenz und Wirtschaftlichkeit in der SRG-SSR“ nennt sich die Grossbaustelle mit „konzernweiter Priorität“, die die SRG aufgetan hat - und auf der nun über Jahre hinweg gebaut werden wird. Dieses nationale Projekt für eine engere Zusammenarbeit von Radio, Fernsehen und Online hat der SRG-Verwaltungsrat am 18. März verabschiedet. Es ist – nicht zuletzt wegen der Interventionen des SSM – in einigen zentralen Punkten verändert worden. Die Zielsetzung, wonach es nur noch eine Unternehmenseinheit für Radio und TV in den vier Sprachregionen geben soll, die gilt zwar nach wie vor. Aber:

- ➔ Es wird keine Vollkonvergenz mehr angestrebt.
- ➔ Die Standorte der Hauptstudios in der Romandie und in der Deutschschweiz bleiben
- ➔ Radio und TV haben weiterhin getrennte Budgets
- ➔ In der Dt-Schweiz gibt es keinen gemeinsamen newsroom TV-Radio, sondern die Radio-Info bleibt in Bern.
- ➔ Es gibt weiterhin getrennte Chefredaktionen für Radio und TV. Noch offen hingegen die wichtige Frage, ob es gemeinsame oder getrennte Programmleitungen geben soll.
- ➔ Die Vorgabe, dass die Projektleitung automatisch die Leitung der gemeinsam UE, die Intendanz also, übernehmen wird, die ist vom Tisch. Dies war in der Deutschschweiz ein auch politisch heiss umstrittener Punkt. Denn die wahrscheinliche Kandidatin für diesen Posten, Fernsehdirktorin Deltenre, stiess nicht nur beim Radio auf kollektiven Widerstand, auch in der Politik, unter anderem bei Bundesrat Leuenberger.
- ➔ Es gilt nun die klare Devise: es darf kein Verlierermedium geben: Die Ängste des Radios in der dtch, vom grösseren Bruder TV erdrückt zu werden, wurden ernst genommen. Alle Projektteams müssen ausgewogen zusammengesetzt sein aus Vertretern von Radio und Fernsehen.
- ➔ Das Projekt ist „entschleunigt“ worden, die engen Zeitvorgaben wurden gestreckt. Und die Geschwindigkeit, mit der die Konvergenz umgesetzt wird, kann von Region zu Region variieren. Damit wird den unterschiedlichen Gegebenheiten und regionalen Besonderheiten Rechnung getragen. Und: jeder einzelne Entscheid muss vom Nationalen VR abgesegnet werden.

- ➔ Dann: Der Einbezug betroffenen Mitarbeitenden ist präzisiert und festgeschrieben worden und auch der Einbezug des Sozialpartners SSM. Uns wurde ein Sitz in der Begleitgruppe des Gesamtprojektleiters angeboten, die sich ua. um Kommunikations-, Personal- und Rechtsfragen kümmert. Die SRG unterstützt zudem unsere Forderung nach Einsitznahme auch in den regionalen Projektgruppen. Das SSM wäre grundsätzlich bereit auf nationaler und regionaler Ebene konstruktiv mitzuarbeiten. Aber: Die SRG muss sich bewusst werden, dass sie nicht auf der einen Seite bei zentralen gewerkschaftlichen Anliegen - wie der GAV-Anwendung - ihre Versprechungen brechen – und gleichzeitig auf der anderen Seite gewerkschaftliche Verantwortung einfordern kann. Wir erwarten von der SRG eine umfassende Verlässlichkeit – so wie sich das in einer stabilen Partnerschaft gehört, auch in einer Sozialpartnerschaft. Ansonsten verliert die Partnerschaft ihre Substanz und damit ihren Sinn und an sich vermeidbare Auseinandersetzungen und Kämpfe wären die Folge.
- ➔ Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Hinweis möchte ich an dieser Stelle noch machen: Das Medienkonvergenz-Projekt ist kein „hundskommuner Sparplan“. Konvergentes Programmschaffen, das dem Publikum tatsächlich Mehrwert bringen soll, wird nach Einschätzung aller Fachleute nicht billiger. Im Gegenteil. Konvergenz kann durchaus zu einem Ausbau des Angebots führen. Und der ist in Zeiten der Digitalisierung und des Internets wohl auch nötig, will die SRG publizistisch konkurrenzfähig bleiben.
- ➔ Ein reines Sparprogramm – und auch so von der SRG kommuniziert - ist dagegen der zweite Teil des Projektes, das sogenannte Supportprojekt. Dort sollen unternehmensweit mit Zusammenlegungen im Bereich der Dienstleistungen Synergien erzielt werden, was Kosteneinsparungen von bis zu 10 Prozent ermöglichen soll. Mit Medienkonvergenz aber hat dieses Projekt nichts, aber auch gar nichts zu tun – ausser, dass mit den freiwerdenden Geldern Teile der Kosten für die Medienkonvergenz gezahlt werden sollen.
- ➔ Dass das Projekt „Medienkonvergenz“ und das Supportprojekt auch bei uns in Diskussionen verschiedentlich vermischt werden – führt in die Irre. Daran trägt allerdings auch die SRG selbst Schuld. Das Supportprojekt hätte sie problemlos unabhängig von der Medien-Konvergenz schon früher starten können.

Entlassung müssen vermieden werden

Das Teilprojekt „Supportprozess“ wird sehr schnell umgesetzt werden, weil es Geld in die Kasse spült. Das Hauptaugenmerk des SSM liegt natürlich darauf, Entlassungen zu vermeiden. Aber wir müssen auch fragen, ob und welche Zusammenlegungen sinnvoll sind. So kann wohl die gemeinsame Logistik, der gemeinsame Einkauf sehr sinnvoll sein. Eine Konzentration anderer Bereiche wie zb. IT hingegen, könnte sich für den Arbeitsalltag leicht sehr nachteilig auswirken. Da gilt es, sehr sorgfältig und kritisch zu prüfen.

- ➔ Nicht nur das Support-Projekt, das Medienkonvergenz-Projekt birgt auch Gefahren. Auch hier beschränke ich mich auf einige wenige Stichworte. Einschränkung der publizistischen Themen-Vielfalt, der Verlust der spezifischen Radio- und Fernsehkulturen, der Verlust an Qualität durch die Zerstückelung der publizistischen Arbeitsprozesse und natürlich die Gefahr, dass die Arbeitsbelastung ins Unerträgliche steigt. Die Auswirkungen müssen genauestens auf ihre Praxistauglichkeit geprüft werden.
- ➔ Umso wichtiger ist es für mich, dass wir uns aktiv in diese Projekte einbringen. Fundamentale Opposition führt erfahrungsgemäss zu nichts. Beide Projekte werden so oder so realisiert, mit uns oder eben ohne uns. Das SSM ist verpflichtet,

bestmöglich die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten. Durch Abseits stehen gefährden wir dieses Ziel. Aber eben: Gerade bei einem Projekt, das so einschneidende Auswirkungen haben wird, braucht es zwischen den Sozialpartnern Vertrauen, um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen. Diese Vertrauensbasis ist, wie ich vorhin erläutert habe, im Moment nicht gegeben – und es ist jetzt an der SRG, einen Tatbeweis zu erbringen.

Die dritte Baustelle: an ihr sind allerdings erst die Bagger aufgefahren – und die Grösse der Baustelle ist noch gar nicht abgesteckt. Es ist für mich die gefährlichste der Baustellen: Die von GD Walpen angekündigte neue grosse Sparwelle, die letztlich zu Programmabbau – und damit zu massivem Stellenabbau führen kann. Der Hintergrund

Die Finanzkrise der SRG

Die SRG steckt in einer grossen Finanzkrise, sie budgetiert bis zum Jahr 2013 ein jährliches Defizit von einer Viertelmilliarde Franken. Und das ist leider kein Bluff oder billige Schwarzmalerei, die nur den Zweck hat, die Gebährendiskussion zu lancieren. Die Finanzkrise der SRG ist eine Tatsache, mit der wir uns ernsthaft beschäftigen müssen. Wir haben die SRG-Finzen durch einen unabhängigen Experten analysieren lassen, von Stefan Sanders, Professor für Controlling und Rechnungswesen in Berlin und ua. Dozent an der Uni St. Gallen. Unser Zentralsekretär Stephan Ruppen wird Euch nachher detailliert über das Ergebnis informieren.

Bei den elektronischen Service-Public-Unternehmen kommt – neben dem Geld - noch ein weiteres, schwergewichtiges Problem dazu. Die sinkende Akzeptanz des Service Public bei Politik und Öffentlichkeit und damit verbunden, die allgemeine Ablehnung notwendiger Gebührenerhöhungen. Das ist in Deutschland Frankreich, Italien so – und noch viel dramatischer in Österreich, wo der ORF jetzt vor dem totalen Ruin steht. Und das ist auch in der Schweiz so. Hierzulande nimmt die Öffentlichkeit die Sparanstrengungen der SRG – das sind immerhin 100 Millionen Franken seit der letzten Gebührenerhöhung – konsequent nicht zur Kenntnis. Im Gegenteil: der politische Druck auf das Unternehmen wächst weiter.

Für das SSM heisst das wiederum: Wir müssen uns einklinken. Wir können die Augen vor diesen negativen Entwicklungen nicht verschliessen. Wir müssen unsere künftige Strategien darauf einstellen – und wir müssen aktiv Lobbyarbeit für den Service Public betreiben.

Wo man da den Hebel ansetzen könnte oder ob der Service-Public wirklich am Ende ist – da bin ich dann gespannt auf die Ausführungen von Matthias Künzler. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IPMZ in Zürich und hat sich mit dem service public-Rundfunk in Europa befasst.

Barbara Büttner, Präsidentin SSM, 7. Mai 2009